



## Wahlprogramme Europawahl 2014: Finanzmärkte

Finanzmärkte sind im Gesamtinteresse von Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten statt im Einzelinteresse von Finanzakteuren. Schädliche Nebeneffekte ihrer Eigendynamik gilt es zu vermeiden. Im Finanzstabilitätsbericht vom April 2014 schätzt der Internationale Währungsfonds die impliziten öffentlichen Subventionen allein für große Banken in der Eurozone auf 90 bis 300 Milliarden US-Dollar. Kein Wirtschaftszweig ist so abhängig vom Staat wie die Finanzbranche. Unkalkulierbare wirtschaftliche Kosten und soziale Folgen im Krisenfall oder auch alltäglich kommen hinzu. Anlässlich der Europawahl seien wichtige offene Reformvorschläge genannt und sei geprüft, ob sie Eingang in die Wahlprogramme gefunden haben.

### 1 Wichtige Reformvorschläge aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft

- **Finanz-TÜV einführen:** Eine präventive Zulassungsprüfung für Finanzinstrumente muss genauso selbstverständlich sein wie für Medikamente. Viele Finanzinstrumente werden geschaffen, um neue Regulierungen zu umgehen und Steuern zu vermeiden. Sie sind realwirtschaftlich unnötig und machen selbst Transparenz unmöglich. Regulierung und Aufsicht sind chronisch überfordert und hinken hinterher. Finanzinstrumente können ebenso systemrelevant sein wie Finanzinstitute. Dies hatte bereits 2009 der von der EU-Kommission beauftragte De-Larosière-Bericht betont.
- **Eigenkapital auf 30 Prozent erhöhen:** Banken müssen auf stabilen Füßen stehen, um ihre Aufgaben zu erfüllen und das Finanz- und Wirtschaftssystem nicht zu gefährden. Anat Admati und Martin Hellwig schlagen 30 Prozent Eigenkapital von der risikoungewichteten Bilanzsumme vor. Kaum ein anderes großes gesundes Unternehmen liege darunter. Für Banken seien bis Mitte des 19. Jahrhunderts gar 40 bis 50 Prozent typisch gewesen. Für besonders riskante Geschäfte sollten zusätzliche Eigenkapitalvorgaben gelten, so Admati und Hellwig. Die heutige Risikogewichtung auf Grundlage bankinterner Modelle führt jedoch dazu, dass Banken Risiken klein rechnen, um Eigenkapitalvorgaben zu umgehen. Auch der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hatte Anfang 2013 gravierende Unterschiede in der Ermittlung des Eigenkapitals bei gleichem Portfolio beklagt. Im derzeit vereinbarten Regelwerk Basel III ist – wenn überhaupt – nur eine risikoungewichtete Gesamteigenkapitalquote von 3 Prozent vorgesehen.

- **Schattenbanken wirksam regulieren:** Wirksame Eigenkapitalquoten für Schattenbanken sind ebenso wichtig wie das Unterbinden bestimmter Praktiken: Hierzu zählt das Mehrfachverleihen von Wertpapieren in langen Ketten als vermeintliche Kreditsicherheit. Der Eigenhandel der Finanzbranche und Kreditgeschäfte finden zum großen Teil über Schattenbanken wie Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Geldmarktfonds statt. Sie tragen maßgeblich zur Verflechtung des Finanzsystems und systemrelevanten Risiken bei. Wer die Regulierung von Schattenbanken vernachlässigt, fördert die Ausgliederung des Finanzgeschäfts dorthin – ein Treppenwitz, wie Jochen Sanio, ehemaliger Präsident der deutschen Finanzaufsicht BaFin, 2011 feststellte.
- **Finanztransaktionsteuer umfassend gestalten:** Die Finanztransaktionsteuer muss alle Wertpapierarten, den Devisenhandel sowie das börsliche und außerbörsliche Geschäft umfassen, um Ausweichbewegungen zu verhindern. Der Steuersatz muss bei Bedarf erhöhbar sein, um den Finanzhandel auch bei starken Turbulenzen zu entschleunigen. Der Ökonom Paul Bernd Spahn hatte dies 2002 in einem Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung empfohlen.
- **Eurobonds zulassen:** Die Staatsfinanzierung ist zu wichtig, um sie prozyklischen und unkalulierbaren Bewegungen der Finanzmärkte auszuliefern. Eurobonds als Anleihen aller Euro-Länder können einen liquiden Markt schaffen und die Staatsfinanzierungskosten stabilisieren. Sie wären eine seriöse, angemessen verzinste Geldanlage. Eine Währungsunion ohne gemeinsame Anleihen bleibt unvollkommen. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger plädiert seit Jahren für Eurobonds als wichtige Ergänzung der öffentlichen Finanzierung.
- **Finanzlobby bremsen:** Der Lobbyeinfluss der Finanzbranche muss durch Schranken für finanzielle Abhängigkeiten und persönliche Verflechtungen gebremst werden. Gegenexpertise ist zu stärken. Regulierungen sind trotz Finanzkrise massiv im Einzelinteresse der Finanzbranche geschwächt worden. Die Finanzwirtschaft beschäftigt in Brüssel über 1700 Lobbyisten und gibt jährlich mehr als 120 Millionen aus, so eine Studie der Organisation Corporate Europe Observatory vom April 2014. Auch in Beratungsgremien dominiert die Finanzbranche. Es ist ein entscheidender Akt der Demokratie, dieses Missverhältnis zu überwinden.

## 2 Wahlprogramme Europawahl 2014: Finanzmärkte

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Grüne	FDP	Piraten
<b>Finanz-TÜV</b>	/	ja: alle Finanzinstrumente vor Einführung von einem öffentlichen Finanz-TÜV prüfen	ja: Geschäftspraktiken und alle Finanzinstrumente vor Einführung prüfen	/ (bestimmte Finanzinstrumente verbieten)	/	/
<b>Eigenkapital &amp; Bankenabwicklung</b>	Umgang mit Risiken von Staatsanleihen in Bankbilanzen prüfen  Banken so schließen, dass „es keine Ansteckungsgefahr gibt und der Steuerzahler verschont bleibt“, „zuerst Manager, Eigentümer und große Anleger heranziehen“, „reicht das nicht, springt ein Abwicklungsfonds ein, in den Banken eingezahlt haben“	Eigenkapitalvorschriften „weiter ergänzen“  Abwicklungsfonds perspektivisch vollständig aus Bankenabgaben finanzieren, Eigentümer und Gläubiger durch „klare“ Haftungskaskade „konsequent vorrangig“ heranziehen	Eigenkapitalquoten „deutlich erhöhen“  angestrebter Abwicklungsfonds „viel zu klein“, zunächst Eigentümer und dann Gläubiger heranziehen	„Schuldenbremse für Banken“: Eigenkapital von 10 Prozent der risikoungewichteten Bilanzsumme  bankenfinanzierter Abwicklungsfonds, „Aktionäre, Gläubiger und Einlagen über 100.000 Euro (in der Reihenfolge) als Erstes heranziehen“	Staatsanleihenkäufe durch Finanzinstitute in der Eurozone risikogewichtet mit Eigenkapital unterlegen, „zu hohe“ Anleihekäufe aus einzelnen Staaten verbieten  keine Rekapitalisierung von Banken aus dem europäischen Rettungsfonds ESM, sondern durch jeweiligen Staat	„scharfe“ Eigenkapitalvorschriften  Abwicklungen müssen möglich sein, Eigentümer und Gläubiger heranziehen  Transparenzvorgaben für Rettungskredite
<b>Bankenstruktur<sup>1</sup></b>	am Universalbankensystem festhalten	„strikttere“ Trennung von Investment- und Geschäftsbanking	Investmentbanking – bei dem ohne Nutzen für die Realwirtschaft spekuliert werde – abwickeln	Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken	am Universalbankensystem festhalten	Banken sollen sich auf realwirtschaftliche Kreditvergabe konzentrieren, Geldschöpfung für Finanzinvestitionen einschränken

<sup>1</sup> Die Wirksamkeit einer Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts vom Investmentbanking und Eigenhandel ist begrenzt, da die Risiken im Finanzsystem liegen. Getrennte Geschäftsbereiche stoppen keine vom Eigenhandel erzeugten Finanzblasen, zumal der Eigenhandel sich kaum aus Einlagen finanziert. Dennoch sei der Vorschlag hier aufgrund der besonderen Kontroversen zwischen den Parteien genannt.

	<b>CDU/CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Linke</b>	<b>Bündnis 90/Grüne</b>	<b>FDP</b>	<b>Piraten</b>
<b>Schattenbanken</b>	keine klassischen Bankgeschäfte außerhalb des Bankensektors – Banken sollen die Finanzierung des Mittelstands gewährleisten  „verhindern, dass sich Finanzmarktakteure durch Verlagerung in den Schattenbankensektor ihrer Verantwortung entziehen“	gleiche Maßstäbe und Pflichten wie im klassischen Bankensektor	auflösen und Verbindung zu Schattenbanken im Ausland kappen	/	/	/
<b>Finanztransaktionssteuer</b>	europa- und weltweit, aber: „vermeiden, dass Anleger an andere Finanzplätze ausweichen“, „Auswirkungen auf Altersversorgung, Kleinanleger und Realwirtschaft bewerten“, „negative Folgen sowie Wettbewerbsverzerrungen vermeiden“, „Interessen des Finanzplatzes Deutschland wahren“	„zügig“ mit niedrigem Steuersatz und breiter Bemessungsgrundlage umsetzen	Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent „überfällig“	EU-weit, für alle Arten von Finanztransaktionen	„ungeeignete Maßnahme“	/
<b>Eurobonds</b>	/ (im Koalitionsvertrag abgelehnt)	/ (im Koalitionsvertrag abgelehnt)	ja	gemeinsame Anleihen „können sinnvoll sein“	/	/

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Grüne	FDP	Piraten
Finanzlobby	/	neues Lobbygesetz mit „strengerer Regeln“ für Lobbyisten	<p>verpflichtendes Lobbyregister und internationale Übereinkommen zur Lobbyismusbekämpfung ratifizieren</p> <p>Wartezeit bei Wechsel in Privatwirtschaft</p> <p>Beschäftigungsverbot von Lobbyisten aus der Wirtschaft in der Europäischen Kommission und von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen</p> <p>Nebenverdienste von Abgeordneten veröffentlichen</p> <p>Verbot von Unternehmensspenden und Verbot von Privatspenden über 25.000 Euro</p> <p>Lobbybeteiligung an Rechtsinitiativen kenntlich machen und offenlegen, wo Lobbyisten in Expertengruppen sitzen</p> <p>Anhörungsrechte und finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure</p>	<p>verpflichtendes Lobbyregister</p> <p>Wartezeit bei Wechsel in Privatwirtschaft</p> <p>Partei- und Wahlkampfspenden begrenzen und Veröffentlichungspflichten verbessern</p> <p>Transparenz in Beratungs- und Entscheidungsverfahren</p> <p>Interessenkonflikte ausschließen, wenn Gesetzestexte von externen Anwaltskanzleien oder unter Mitwirkung der Finanzbranche verfasst werden</p> <p>wissenschaftlichen Dienst des Europaparlaments deutlich stärken</p>	/	<p>verpflichtendes Lobbyregister</p> <p>Wartezeit bei Wechsel in Privatwirtschaft</p> <p>Korrespondenz mit und Einflussnahme von Lobbyisten auf den Gesetzgebungsprozess offenlegen</p>

### 3 Fazit: Parteien brauchen mehr Mut für zukunftsweisende Finanzmarktreformen

Angesichts der zentralen Rolle eines gesunden Finanzsystems für Gesamtwirtschaft und Gesellschaft und des unverändert enormen Handlungsbedarfs bleiben die Programme in wichtigen Punkten schwach oder weisen Leerstellen auf. So wird das Finanzsystem übermächtig und instabil bleiben. Die von den Parteien für immerhin fünf Jahre der kommenden Wahlperiode anvisierten Reformen müssen daher deutlich mutiger werden. Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind gefordert, dazu beizutragen.

- Der Finanz-TÜV hat erfreulicherweise Eingang in Wahlprogramme gefunden, insbesondere bei SPD und Linken. Hier wird es darum gehen müssen, ein Konzept zu entwickeln.
- Keine Partei traut sich jedoch an eine Gesamteigenkapitalquote für Banken von 30 Prozent. Einzig konkret und am mutigsten sind hier die Grünen mit 10 Prozent. Dabei geht es beim Eigenkapital um eine Kernmaßnahme von Prävention, die etwa zu erreichen ist, indem Banken Gewinne einbehalten statt auszuschütten.
- Demgegenüber sind Bankenabwicklung und Bankenstruktur vom Stellenwert in den Programmen deutlich überbewertet. Es mag attraktiv klingen, durch geordnete Bankenabwicklungen Steuergeld der Wählerinnen und Wähler zu schonen. Doch ohne eine wirksame präventive und antizyklische Regulierung ist die Umsetzbarkeit im Krisenfall schnell unmöglich.
- Schattenbanken sind für Grüne, FDP und Piraten gar kein Thema, andere erschöpfen sich in Allgemeinplätzen. Dabei beschäftigen sich die G20 intensiv damit, auch gibt es Entwürfe der Europäischen Kommission. Wer Schattenbanken vernachlässigt, lässt prozyklische, exzessiv kreditgehebelte Finanzblasen weiterhin zu.
- Die Finanztransaktionsteuer erfährt breite Unterstützung. Allerdings listet die CDU eine bedenklich lange Liste mit Vorbehalten auf und wiederholt damit Mythen der Finanzwirtschaft. Es wird sich nach der Einigung vom April 2014, die Steuer in einer ersten Stufe für Aktien einzuführen – was hinter der Börsenumsatzsteuer bis 1991 in Deutschland zurückbleibt – zeigen, ob die CDU ihre Vorbehalte dazu nutzt, sich von einer ambitionierten Steuer abzuwenden. Ein im Bedarfsfall erhöhbarer Steuersatz wird leider von keiner Partei eingefordert.
- Eurobonds werden regelmäßig diskutiert, haben es bisher aber nur bei den Linken und etwas schwächer den Grünen ins Wahlprogramm geschafft. Noch zu kontrovers scheint der Schritt, bei einer gemeinsamen Währung auch gemeinsame Anleihen zu emittieren.
- Der Umgang mit Lobbyismus erhält bei den meisten Parteien viel Gewicht – bei der SPD noch sehr allgemein – und bleibt nur in den Programmen von CDU und FDP eine Leerstelle. Linke und Grüne betonen erfreulicherweise zugleich den unbedingt notwendigen Ausbau von Gegenexpertise zur Finanzwirtschaft.

## Kontakt

### Markus Henn

Finanzmarktreferent  
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e.V.  
Eldenaer Str. 60  
10247 Berlin  
Tel: +49-30 27582 249  
Fax: +49-30 27596 928  
[Markus.Henn@weed-online.org](mailto:Markus.Henn@weed-online.org)

### Suleika Reiners

Finanzmarktreferentin  
World Future Council (WFC)  
Mexikoring 29  
22297 Hamburg  
Tel: +49-40 3070914 25  
Fax: +49-40 3070914 14  
[Suleika.Reiners@worldfuturecouncil.org](mailto:Suleika.Reiners@worldfuturecouncil.org)

## Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e.V.

WEED ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation, die sich seit 24 Jahren mit den Auswirkungen der Globalisierung beschäftigt und für eine Wende hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit arbeitet. WEED will die Mitverantwortung der Industrienationen stärker ins Zentrum rücken und lenkt den Blick auf die Rahmenbedingungen und die Institutionen. Neben der Kritik entwickelt WEED auch Reformvorschläge und Alternativkonzepte. WEED wird finanziert über öffentliche Fördergelder, Stiftungsmittel, Mitgliedsbeiträge und Spenden. **Die Arbeit von WEED an diesem Papier wird finanziert von der Ford Foundation, die hier vertretenen Meinungen geben aber in keiner Weise die Meinung der Ford Foundation wieder.** Mehr Infos auf [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org).

## World Future Council

Der World Future Council besteht aus 50 internationalen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln einen gesunden Planeten mit gerechten Gesellschaften übergeben. Um dieses Ziel zu erreichen, identifizieren wir zukunftsgerechte politische Lösungen und fördern ihre Umsetzung weltweit. Der World Future Council wurde 2007 von Jakob von Uexküll, dem Gründer des Alternativen Nobelpreises, ins Leben gerufen. Wir sind als gemeinnützige Stiftung in Hamburg registriert und finanzieren unsere Arbeit über Spenden. Mehr Infos auf [www.worldfuturecouncil.org](http://www.worldfuturecouncil.org).

Mai 2014